

Posener Zeitung.

Nr 159.

Mittwoch den 12. Juli.

1848.

Inland.

Berlin, den 9. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Militair-Unterhantanten des 6ten Armee-Corps, Wirklichen Geheimen Kriegs-Rath Weymar, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; so wie dem Provinzial-Siener-Kassen-Verwantten, Rechnungs-Rath Hoffmann in Posen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

†† Posen, den 11. Juli. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, bereitet sich hier eine neue Polnische Schilderhebung vor. Vergebens fragt man nach den Auslässen dazu, vergebens sucht man auch nur nach einigen Aussichten, die ein solcher Schritt haben könnte. Die Deutsche Bevölkerung ist überall wach, ihr festes Zusammenstehen entschieden, allenfalls ist sie nicht nur, seitdem die Bromberger Bevölkerung sich den hiesigen Tendenzen völlig angeschlossen hat, von demselben Plane getrieben, sondern auch von demselben Muthe bestreit: mehr und mehr erfüllt uns hier kriegerischer Sinn, selbst die bisherigen Waffenübungen befähigen die Bürgerwehr vollkommen, auf das Energiischste jedem Angriffe der Polen entgegen zu treten. Alle Deutschen kennen jetzt ihren Feind vollkommen und die Unsicherheit über seine Absichten, die uns früher nur zu sehr hinderlich wurde, hat ausgehört; eine nationale Erbitterung, so beläugelich sie ist, kann nicht abgelängnet werden. Aus all dem, meinen wir, gehe hervor, daß jede Feindseligkeit der Polen zu ihrem Verderben gereichen müste. Mögen sie dieses bedenken. Und was wird Deutschland, was wird Europa dazu sagen? In dem Augenblicke, wo die Nationalversammlung über das Loos dieses Landes entscheiden will, eine Versammlung, deren einziger Maßstab immer das Thatsächliche der geschichtlichen Sachlage bleiben wird, wird Aufruhr von Neuem angefacht, um von Neuem durch drohenden Troz das Ehrgefühl der Deutschen herauszufordern! Während sich der dringendste Verdacht über den Polnischen Führern zusammengezogen hat, daß sie Theil haben an Allem, was die Zustände der Gegenwart zerrüttet, scheuen sie sich nicht, das Maß zu füllen, damit Niemand mehr an ihren eigentlichen Tendenzen zweifeln könne! — Noch einmal mahnen wir zur Überlegung. Wollen sie aber, so mögen sie das Wahnsinnige versuchen: uns wird die Besonnenheit nicht verlassen und der Muthe der guten Sache wird nicht schwächer werden, aber unsere Deutschen Brüder im Westen werden eine Ausschauung des wahren Wesens unserer Gegner erhalten, bei der jede fernere Sympathie unmöglich ist.

* Posen, den 11. Juli. Schon vor seiner in unserer heutigen Leipziger Correspondenz erwähnten Sitzung vom 6. d. M. hat der deutsche Verein in Leipzig nachfolgende uns zur Veröffentlichung mitgetheilte Adresse an das hiesige Central-Comité gerichtet:

Deutsche Brüder in Posen!

Herzlichen Dank Euch zu bringen für die schöne Zuschrift, die Ihr an uns unterm 26. Juni gerichtet habt, ist uns eine heilige Pflicht. Was sollen wir, die wir bis jetzt so wenig für Euch zu thun vermochten, zu dem herrlichen Zuge der Dankbarkeit sagen, der aus Eurem Schreiben spricht? Wir wissen nur eines, die Versicherung nämlich zu geben, daß wir fortan verbrüdernd sein wollen mit Euch, durch Bande, wie sie deutsche Treue allein zu schlingen vermag. In Schrift und Wort wollen wir uns als Eure Brüder zeigen, braucht Ihr aber mehr, mit festgewaffneter Hand zu Euch stehen in Streit und Kampf mit Gut und Blut.

Mit dieser Versicherung reichen wir Euch die deutsche Bruderhand, rufen wir Euch deutschen Gruß zu. Leipzig, den 5. Juli 1848.

Der Ausschuss des deutschen Vereins. Dr. Göschken, Vorsitzender d. d. V.

■ Berlin, den 8. Juli. Das Revolutions-bewußte Berlin gefiel sich gestern wieder in einigen Ungeheuerkeiten. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter den um Berlin beschäftigten Erdarbeitern hatten nehmlich die Stadtverordneten Militär von außerhalb mit dem Wunsche erbeten, daß es in die umliegenden Dörfer vertheilt werden möchte. Minister v. Schreckenstein stand in die ihm mit Zug gebührenden Ehrenrechte zu restituiren, auch aus dem Umstande entnehmbar ist, daß seit seinem Eintritt in's Ministerium die Truppen hier wieder mit klingendem Spiel durch die Straßen ziehen) gab seine Bereitwilligkeit, einige Bataillone zu dem berührten Zweck heranzuziehen, unter der Bedingung zu erkennen, wenn ihnen, statt der, nur überflüssige Kosten verursachende Quartiere auf dem Lande, die leerstehenden Berliner Kasernen als Wohnung eingeräumt würden. Magistrat und Stadtverordnete erklärten sich hiermit einverstanden und machten, wie es hier seit den Waffenverladungs-Szenen Gebrauch geworden, durch Placate dem Publikum von dem im Laufe des gestrigen Tages bevorstehenden Einrücken zweier Bataillone des 12. Regiments Anzeige. Schrecklicher Verstoß gegen den jungen Iusus! — Die Bürgermeister war nicht befragt worden! — Rimpler hatte die Anzeige nicht mitunterzeichnet! Der Münzstrafenwahrbezirk gerieth in Wallung, ließ sich an dem vorgestritten Abend zusammen blasen, berieth die ganze Nacht über einen energischen Protest und brachte ihn wirklich zu Stande. Man denke sich die erhöhten Köpfe, als sogar der Protest das Unabänderliche nicht änderte. Fest entschlossen, die in der Münzstraße belegene, für die erwarteten Bataillone ausersehene Alexander-Grenadier-Kaserne, in welcher auch etwa 100 bis 150 Landwehrmänner einquartiert lagen, selbst vor „der Gewalt der Bayonet“ nicht preis zu geben, hüteten die Bürger ihren Posten. Mittags um 1 Uhr rückten die Trup-

pen vom Frankfurter Bahnhof heran, an der Spitze General von Aschoff und mehrere hohe Offiziere zu Pferde, mit wallenden Federbüschlen. Man schlug ihnen die Thore der Kaserne vor der Nase zu, das versammelte Volk ließ widerwärtige Ausrufungen gegen das Militär vernehmen. Das dauerte etwa zwei Minuten. Da stiegen einige ausgesperrte Landwehrmänner durch die Fenster in die Kaserne und öffneten die Thorslügel. Das Militär marschierte hinein, Janitscharenmusik erklang und das Volk schwenkte Mützen und Tücher und rief Vivat. Einiges zahme Missvergnügen mit etwas Kravall beschloß das Ereignis des gestrigen Tages, das unzähme Reden in den Klubbs und Artikel in den Zeitungen wohl noch eine Zeitlang bedenken werden.

Nehmen wir den im Ganzen mehr komischen als ernstlichen Verlauf dieses Vorfalls, der uns vor einigen Wochen noch in eine nachhaltige Unruhe versetzt haben würde, als ein Zeichen, daß die revolutionären Leidenschaften Berlins bereits in Abnahme begriffen sind, obwohl es immer ratsam bleibt, auf neue Ausbrüche sich gesetzt zu halten, zumal sie von vielen Seiten mit großer Sicherheit in nahe Aussicht gestellt werden. Jedenfalls denkt jene, auf Umsturz aller politischen wie gesellschaftlichen Verhältnisse immerdar sinnende Partei nicht daran, das Feld zu räumen, vielmehr scheint sie jetzt zur Wiederaufnahme eines früheren Planes geneigt, der dahin geht, sich mit dem fünften Stand, den moralischen Paria's der Gesellschaft, mit den durch die Gerichte verurtheilten Verbrechern, die ihre Strafzeit überstanden haben, zu verbinden. Schon zur Zeit als die Wahlfrage die hiesigen Gemüther beschäftigte, war ein Aufruf an diejenigen ergangen, welchen das Gesetz die Wahlberechtigung abgesprochen hatte, sich zu versammeln und gemeinsam eine Beteiligung an den nun gewonnenen Gütern zu verlangen. Viel Erfolg mag die Aufforderung damals nicht gehabt haben, ob eine ähnliche, neuerdings von einem gewissen Forsberg durch Straßenanschläge bewirkte Ansprache mehr Ergebnis haben wird, steht dahin.

Berlin, den 8. Juli. (R. Btg.) Die, übrigens wenig zuverlässige, „lithographierte Berliner Correspondenz“ versichert: vorzüglich finde das Gericht Glauben, daß Hr. Rodbertus ausgetreten, weil man Seitens des hiesigen Hofes an den Österreichischen die Forderung gestellt haben soll, dem Prinzen von Preußen den Oberbefehl über das gesamme Deutsche Heer durch den Erzherzog Joachim übertragen zu lassen.

— Bekanntlich besteht noch die wunderliche Vorschrift des Allg. Landrechts: daß Mannspersonen von Adel mit Weibspersonen (sic) aus dem Bauer- oder geringeren Bürgerstande keine Ehe zur rechten Hand schließen dürfen, in voller Kraft. Es herrscht gewiß nur eine Stimme darüber, daß es an der Zeit ist, diese veraltete, aus dem mittelalterlichen Feudalwesen herstammende, mit dem Geiste der neuenen Verhältnisse längst in Widerspruch getretene Vorschrift, endlich aus der Welt zu schaffen. Wir freuen uns deshalb aus guter Quelle mittheilen zu können, daß der Justizminister Märker bereits die nötigen Einleitungen dazu getroffen hat, um den Entwurf einer solchen Verordnung binnen Kurzem zur Beratung der National-Versammlung zu bringen.

Berlin, den 9. Juli. Aus dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß das Ministerium zur Erledigung der Medizinal-Reform einen Kongress der Preußischen Aerzte, hervorgehend aus direkten Wahlen der Standesgenossen, berufen wolle. Andere nicht minder achtbare Stimmen haben theils schriftlich, theils in Druckschriften eine solche Maßregel zwecklos, vielmehr den bisher eingeschlagenen Weg für genügend und besser erklärt. — Eine Eingabe mehrere Berliner Aerzte, deren wörtlicher Inhalt in die Zeitungen übergegangen ist, versichert, daß diese Angelegenheit „seit länger als zehn Jahren im schleppenden Geschäftsgange vergeblich ihrer Erledigung entgegen harre.“ Sie verspricht sich von dem bisher betretenen Wege eines „bürokratischen Bevormundungs-Systems“ überhaupt keinen Erfolg und glaubt, daß diese Sache in die Hände des „ausschließlich kompetenten Heil-Personals“ gelegt werden müsse. — Es muß hier zunächst berichtigend bemerkt werden, daß die Central-Behörde die Reform-Angelegenheit nicht vor länger als 10 Jahren, sondern am 24. Juli 1846 in einer Weise eingeleitet hat, welche nicht nur den Behörden, sondern auch allen praktischen Aerzten, ja sogar (da doch bei dieser Sache auch die Kranken beteiligt sind) der ganzen gebildeten Welt eine Mitwirkung gestattete. — Behörden und Aerzte haben von dieser Aufforderung in einer Weise Gebrauch gemacht, daß das Ministerium über alle Theile dieser Sache mit einem sehr schätzbaren und reichhaltigen Materiale versehen ist und keinen Anstand nehmen würde, aus demselben weiter zu bauen, wenn nicht mehrere Aerzte, welche in den verflossenen zwei Jahren mit ihren Vorschlägen zurückbeliben, jetzt mit der Versicherung einer nachträglichen Beteiligung hervorgetreten wären.

— Daß bei den bisher getroffenen Einleitungen auch die Mitglieder der medizinischen Fakultäten, der Medizinal-Kollegien, die Regierungs-Medizinal-Räthe und tüchtige Kreis-Medizinal-Beamte gehört sind, steht mit der „Kompetenz der Aerzte“ um so weniger im Widerspruch, als alle diese Männer Aerzte sind und ihre sonstigen Verdienste um die Wissenschaft, Lehre und Verwaltung doch nicht geringer veranschlagt werden könnten, als die der übrigen Aerzte. Das Ministerium ist jedoch weit entfernt gewesen, dem ärztlichen Publikum nur dann eine Stimme einzuräumen, wenn es in Form einer Behörde auftritt. Eine große Menge vorliegender Druckschriften beweist, daß auch seitens solcher Aerzte, welche keine Beamten sind, der Einladung des Ministeriums entsprochen ist. Auch die

freie Association hat aus den verschiedensten Theilen der Monarchie gehaltvolle Beiträge geliefert. Selbst das Ausland ist nicht zurückgeblieben. Das beabsichtigte Werk ist demnach in der That auf der allerbreitesten Grundlage der freien Wissenschaft angelegt. — Das viele Gute, welches bereits da ist, soll jedoch den Dank des Ministeriums nicht vermindern, wenn noch Besseres nachträglich gebracht wird. Gern wird daher der neuen Medizinal-Versetzung so lange Aufstand gegeben werden und zweckmässigerweise gegeben werden müssen, bis die neue Staats-Versetzung zum Grunde gelegt werden kann. Dann aber wird die Gesetzgebung ungesäumt jene dieser folgen zu lassen bemüht sein. — Im Rechte der freien Vereinigung liegt selbstredend auch die Befugnis der Aerzte und Wundärzte, ihre Wünsche und Ansichten nicht blos provinziell zu behandeln, sondern auch, ganz nach ihrem Gutbefinden, sich zu einem Central-Vereine, etwa in Berlin, wozu die Aerzte des ganzen Staates aus ihrer Mitte gewählte Deputirte senden können, sich zusammenzusehen. Das Ministerium wird aber ein solches Central-Comité nicht berufen, weil es, abgesehen von den Gutachten der Provinzial-Behörden, durch die freie Presse hinreichend informirt ist und die freie Presse nicht „bevormunden“ will. Analoge Erfahrungen in anderen Zweigen seiner Verwaltung haben hinreichend dargethan, daß, so gut auch die Absicht gewesen, die Leitung veraltiger informatorischer Versammlungen durch Staats-Organe bewirken zu lassen, es doch zur Beseitigung jeder Missdeutung vorgezogen werden müßt, die Berathungen ohne alle Einmischung von Seiten des Staats sich durchaus frei bewegen zu lassen. — Uebrigens werden die Vorschläge freier ärztlicher Vereine, es mögen dieselben unmittelbar aus kleineren Kreisen oder durch Vermittelung eines Central-Kongresses erstattet werden, dieselbe sorgfältige und bankbare Prüfung finden, welche die Vorschläge der Behörden, Fakultäten und einzelner Aerzte finden sollen und zum Theil schon gefunden haben. — Damit aber die Zögerung derer, welche neue Anträge in Aussicht gestellt haben, nicht abermals der Central-Behörde zugerechnet werde, müßt hier die bestimmte Erklärung folgen, daß nur solche Vorschläge auf eine sichere Prüfung rechnen können, welche spätestens bis zum 1. Oktober d. J. eingehen.

— In dem Verein für Volksrechte wurde am Dienstag die Wahl des Erzherzogs Johann in dem Sinne besprochen, daß sich der Verein mit der geschehenen Wahl nicht einverstanden erklären könne. Die Vorgänge in unserer National-Versammlung am Dienstag wurden einer scharfen Kritik unterworfen. In Bezug auf eine Bemerkung der Berliner Abend-Zeitung, daß sich der Verein für Volksrechte zu republikanischen Tendenzen hinneige, nahm einer der Redner Veranlassung zu erklären, daß der Verein keine Versetzung dem Volke inoculiren wolle, daß es aber durchaus ohne Sinn und Kenntniß gehandelt wäre, wenn jemand jetzt hier die Republik aussrichten wolle, für die noch gar kein Boden bei uns wäre. Dass die Republik, theoretisch genommen, die beste Versetzung sei, wäre anerkannt, aber es handle sich um die Praxis, und diese sei für die konstitutionelle Versetzung.

— Die Hazardspiel-Tische vor den Zelten sind nun endlich von Seiten der Behörde aufgehoben und die Spielhalter zur Verantwortung gezogen worden.

Köln, den 3. Juli. Auf Grund eines vom Untersuchungsrichter erlassenen Verhaftungsbeschlusses sind heute Morgens zwischen 6 und 7 Uhr die Herren Anneke und Med.-D. Gottschalk gefänglich eingezogen, und zugleich ist die Beschlagnahme ihrer Papiere verfügt worden. Nähtere Aufklärung über den Grund dieser von der gerichtlichen Behörde verordneten Maßregeln ist von dem weiteren Gange der Untersuchung zu erwarten. Wie es heißt, lautet die Beschuldigung auf das Verbrechen, Vorschläge zum Zwecke des Umsturzes der bestehenden Regierung gemacht zu haben.

△ Frankfurt a. M., den 7. Juli. Die National-Versammlung beträgt jetzt die Grundrechte, und hat zur Erledigung der sonstigen Tagesordnung nur den jedesmaligen Freitag bestimmt. So steht für nächsten Freitag die endliche Berathung der Posener Angelegenheit in Aussicht. — Nach der Wahl des Erzherzogs Johann ist gewissermaßen Ruhe in dem Treiben der Parteien eingetreten; alle Aufmerksamkeit wendet sich jetzt dem Reichsverweser zu, dessen Ankunft im Laufe nächster Woche bevorsteht. Die Wahl selbst findet, wie schon aus dem Berichte der nach Wien gereisten sieben Abgeordneten hervorgeht, nahezu in Mittel- und auch in Süddeutschland großen Beifall, weniger im Norden, wo hier und da Antipathien wachsen werden. Im Ganzen ist dieselbe, wie schon oft gesagt worden, aus vielfältigen Gründen eine glückliche zu nennen; besonders ist die Anerkennung, die Österreich damit zu Theil geworden, und vor diesem nun unvermeidlich gewordene engere Anschluß an Deutschland sehr hoch zu veranschlagen. Gern knüpft man an den ganzen Vorgang den Glauben der wiederkehrenden Ordnung und des Reichsschutzes, und meint geendet „die kaiserlose, die schreckliche Zeit.“ Auch wir geben uns gern der Hoffnung hin, daß die schroffen, wilden Partiekämpfe hinter uns liegen, daß die Leidenschaften, die mit so großer Heftigkeit rege waren, nachlassen und auf der mehr geebneten Bahn alle Parteien dem großen Ziele der Wiederherstellung der wahren Freiheit im Vaterlande entgegengehen werden. In wie weit diese Hoffnung in dem Betragen der äußersten Linken im Parlamente sich verwirklicht, muß noch dahin gestellt bleiben; das neuliche Auftreten von Blum gegen den Bundestag und den Abg. v. Schmerling war nicht geeignet, auf die versöhnende Tendenz dieser Seite des Hauses schließen zu lassen. Dagegen macht sich vielfältig hier und in der Umgegend ein sehr gefunder Sinn für den Constitutionalismus jetzt kund, und eine ruhige, besonnene Ansichtnahme der Dinge ist im Zunehmen. So in Darmstadt, wo man tüchtig an die Gründung konstitutioneller Vereine schreitet, und von wo zuerst eine Ergebnis-Adresse an die National-Versammlung gerichtet worden ist. Dies sind in der hiesigen Nachbarschaft neue sehr beachtenswerthe Erscheinungen, wenn man bedenkt, wie gerade hier der republikanische Einfluß überwiegend war. Seit vorgestern liest man hier Spottadressen gegen die äußerste Linke, gegen den aus der National-Versammlung getretenen „sozialen Professor“ Kapp an den Eden. Nach und nach schwächt sich auch

der Preußenhaß, und man hört jetzt Personen in anerkennender Weise sich über den Staat äußern, die noch vor kurzer Zeit ihm Egoismus und hegemonistische Gelüste gar zu gern untergeschoben haben.

Frankfurt a. M. den 8. Juli. In der heutigen 33sten Sitzung der National-Versammlung kam nach Erstattung mehrerer Ausschüßberichte der Antrag des Abgeordneten Grumbrecht auf Errichtung eines Ausschusses für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten zur Berathung. Die Versammlung fasste nach längerer Berathung den Beschuß, blos für Schul-Angelegenheiten einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu ernennen, welcher von den Abtheilungen heute zu wählen ist. Sodann führte die Tagesordnung zur Berathung des Berichts über den gegenwärtigen Zustand der Wehrhaftigkeit Deutschlands und die Mittel zur Verbesserung derselben.

* Leipzig, den 8. Juli. Meine heutigen Mittheilungen enthalten manches Erfreuliche. Ich beginne sogleich mit der vorigestrigen Sitzung des deutschen Vereins. Derselbe ist nicht nur der einflussreichste Verein Sachsen's, sondern ohne Zweifel einer der einflussreichsten Deutschlands; er zählt in Leipzig allein über 2000 Mitglieder und hat deren mit den Zweigvereinen, welche von ihm in Dresden, Chemnitz, Zwickau, Bautzen u. s. w. bestehen, über 8000. Er zählt die tüchtigsten Männer Leipzigs zu den Seinigen, so namenlich Wuttke und Haupt, welche im Ausschusse sind; zwei seiner Mitglieder sitzen in der National-Versammlung, nämlich Biedermann (Rechte) und Koch (Centrum). Ich führe endlich noch zur allgemeinen Charakteristik des Vereins an, daß er sich nicht nur mit den Angelegenheiten des engeren Vaterlandes beschäftigt, sondern auch auf die allgemeinen deutschen Interessen sein Augenmerk richtet und sie kräftig zu fördern sucht. So hat er aus seinen Mitteln ein Freicorps für Schleswig-Holstein ausgerüstet, das noch jetzt dort mit Ruhm und Glück kämpft; die Beiträge, welche seine Mitglieder für die deutsche Flotte geleistet haben, belaufen sich auf mehr als 5,000 Gulden (beiläufig mehr als alle übrigen Vereine zusammen nach Frankfurt gesandt haben); der Verein nimmt den innigsten Anteil sowohl an den Vorgängen im Posenschen wie in Böhmen. Die Sympathien, ja der Enthusiasmus, welchen er in der vorigestrigen Sitzung für die deutsche Bevölkerung Posens an den Tag gelegt hat, lassen nicht mehr daran zweifeln.

Die Sitzung begann mit Verlesung eines Schreibens des deutschen Central-Comites in Posen vom 26. v. M., welches mit grossem Beifall aufgenommen wurde. Nach Mittheilung einiger anderen Eingänge, so wie eines Plakats von Seiten des demokratischen Vereins in Frankfurt entspann sich eine Debatte über die Mittel, die der deutsche Verein zu ergreifen habe, um den communistic-anarchischen Wühlerien, die für ungefährlich zu halten man sich hüten müsse, entgegen zu wirken; es wurde beschlossen, zwei Adressen an das deutsche Volk und die National-Versammlung zu richten, um einerseits das Volk auf seine gefährlichsten Feinde aufmerksam zu machen, die, wenn sie zur Macht gelangen würden, demselben ein weit lästigeres Joch aufzubürden würden, als das nun erst abgeschüttelte gewesen sei, und um andererseits der National-Versammlung zu sagen, daß die Mehrzahl des Volks zu ihr stehe.

Ein Mitglied ergriff sodann das Wort, um einen längeren Vortrag über die posener Ereignisse zu halten. Nachdem der Redner in einer kurzen ironischen Einleitung auf die Wichtigkeit derselben hingewiesen hatte, sprach er über die Ausbreitung und Erstärkung des deutschen Elements in Posen, schilderte die Zustände der Provinz im Allgemeinen, und ging sodann zu einer kurzen Darstellung des jüngsten Aufstands über, wobei er besonders die Entstehung derselben berücksichtigte. Hierauf sprach er noch Einiges über die Folgen der jüngsten Schilderhebung, über die Verarmung eines großen Theils der Provinz, und knüpfte hierunter unter Vorlesung des „Hülfersufs aus Posen“ den Antrag, der Verein möge die Angelegenheit zu der seinigen machen, der Redner erinnerte an die zahllosen Anfeindungen, welche die Deutschen in Posen von Seiten der eigenen Brüder gefunden haben, wie selbst in der National-Versammlung Männer als offener Feind der Deutschen in Posen aufgetreten seien; allerdings haben die Wahrheit gesagt, allerdings gäbe es jetzt nicht mehr Viele, welche sich derselben verschließen, „aber es haben die Deutschen in Posen mannigfache, tiefverwundende Beweise einer feindseligen Gesinnung von Seiten der eigenen Brüder erhalten, sollen ihnen jetzt nicht Beweise einer freundlichen Gesinnung gegeben werden? Und sollen diese Beweise etwa das Schweigen der deutschen Brüder sein, sollen jene aus diesem Schweigen das Umschlagen der öffentlichen Meinung errathen? Es hat unser Verein Adressen an die Deutschen in Böhmen gerichtet, in welchen er sie erwähnt, festzuhalten an Deutschland und sie seiner brüderlichen Gesinnung, seiner Bereitwilligkeit zu helfen durch Wort und That versichert. Verdienen die Deutschen in Posen einen solchen Beweis von Theilnahme etwa deshalb weniger, weil sie das, wozu die Deutschböhmnen aufgefordert wurden, so heldenmuthig vollbracht haben? Gewiss nicht! Indem Sie aber, meine Herren, diese Frage verneinen, genehmigen Sie zugleich meinen zweiten Antrag, der dahin lautet: Es möge der deutsche Verein eine Adresse an die Deutschen in Posen beschließen, worin er ihnen Glück wünsche zu dem errungenen Siege.“ Beide Anträge wurden einstimmig und mit Enthusiasmus angenommen und sollen vom Ausschus nachster Tage ausgeführt werden.

Es sind in den letzten Tagen einige Aenderungen in der Leipziger Presse eingetreten, das Abendblatt ist eingegangen, was in Rücksicht auf die deutsche Tendenz des Blattes ein Verlust zu nennen ist. Indes ist dieser Verlust mehr als ausgeglichen, erstens dadurch, daß die Redaktion der Deutschen Allg. Zeitung aus den Händen Kühne's in die kräftigen des Dr. Kaiser übergegangen ist, sodann durch die Erweiterung, welche Kühne's (des Mitbegründers des Ostmarken-Vereins) Zeitschrift „Europa“ erhalten hat, indem dieselbe jetzt statt aller acht Tage täglich erscheint. Blum's Vaterlandsblätter sind im Sinken, seitdem sie weniger die Vertheidigung des Vaterlands als die ihres Herthausgebers wegen seiner Thätigkeit in Frankfurt zur Hauptaufgabe sich gestellt haben. Ruge's „Reform“ bleibt ohne Wirkung.

München, den 3. Juli. (N. A.) Die Veteranen des Vaterischen Heeres, welche die Feldzüge der neunziger Jahre bis insl. 1812 mitgemacht haben, erhalten ein Denkzeichen, aus einem ehemaligen Kreuze, in Form des Ludwigsordens, bestehend; es wird an einem seidenen Bande getragen, dessen Farben jene des Ludwigsordens-Bandes sind, mit dem Unterschiede, daß der breitere mittlere Theil

himmlblau, die Männer aber karminroth werden. Die Inschrift ist auf der Aversseite „Max II., König von Bayern“, auf der Reversseite „Den Veteranen des Bayerischen Heeres.“ Anspruch darauf haben alle diesenigen, welche den Feldzügen im streitbaren Stande beiwohnten und sich nicht durch entehrende Strafen dieser Auszeichnung unwürdig gemacht haben.

— Gemäß Regierungsentschließung werden für die Folge auch die lateinischen Vorbereitungsschüler mit hölzernen Gewehren exercirt werden.

— Der „Nürnberger Correspondent“ berichtet von dem Empfange der Deputation der Reichsversammlung, welche dem Erzherzog Johann seine Ernennung zum Reichsverweser überbringen soll, bei ihrer Ankunft in Nürnberg und Fürth am 1. Juli, den ersten Städten, wie Abg. Raveaux sagte, wo sie, obgleich sie das Volk überall freudig begrüßt, von Deputationen der Städte und besonders der Volksvereine, in Hinblick auf das große Ereignis, bessern Verkünder sie in Wien sein sollten, feierlich empfangen worden seien. In der Nähe von Fürth angelangt, wurde die Deputation mit Geschüsalven begrüßt. In Nürnberg, das gleich Fürth mit Fahnen in den deutschen Farben festlich geschmückt war, erwarteten dichte Menschenmassen die Abgesandten, welche auch hier vom Volke mit unendlichem Jubel empflogen wurden. Am 2. Juli verließ die Deputation, begleitet von den Segenswünschen der Einwohnerchaft, Nürnberg auf dem Wege nach Regensburg.

• Karlsruhe, den 30. Juni. Die Stadt hat ein Festgewand angezogen. Flatternde Fahnen aus Fenster und Giebel, Musik auf dem Marktplatz, Kanonen donner der Bürgerartillerie vor dem Thore, eine wogende Volksmenge in den Straßen: es ist die Feier der Erwählung des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser. Um 5 Uhr wird, wie wir vernehmen, die Bürgerwehr zu einem patriotischen Feste auf das Promenadenhaus ausrücken.

Kassel, den 2. Juli. Ein Maueranschlag des hiesigen Volksraths verkündigt auf den 3. Juli eine außerordentliche Volksversammlung zur Berathung einer Ergebenheitsadresse an den Reichsverweser Johann von Österreich und einer Dankadresse an die deutsche constituirende Versammlung. Gestern Abend war die Stadt ungemein belebt; überall hörte man den Gesang von Vaterlands- und Freiheitsliedern; Freudenrufe ertönten von allen Seiten; mit Einbruch der Nacht waren fast alle Straßen glänzend erleuchtet.

Kassel, den 3. Juli. (Kass. Ztg.) In der Nacht vom 1. zum 2. haben hier in Folge der Wahl des Reichsverwesers bellagenswerthe Unordnungen stattgefunden. Das Schießen nahm kein Ende, und zu den Gesängen und Ausrufen der Freude über die Wahl des Deutschen Reichsverwesers gesellte sich auch jugendlicher Muthwillen. An mehreren Orten mussten die Patrouillen, namentlich die Schutzwache, einschreiten, um die gehemmte Communication herzustellen; in der Martinistraße ereignete es sich, als die Patrouille hier den widerseitlichen Zusammenlauf auseinander treiben wollte, daß ein junger Mensch, ein Fabrik-Arbeiter, durch einen Schuß getötet wurde, dessen Ursache oder Urheber, da es nicht einmal feststeht, ob das Gewehr nicht durch einen Zufall sich entladen — noch nicht ermittelt ist; in derselben Straße erhielt ein Polizei-Offiziant einen Pistolenhieb in die Hand. Der Pistolenhieb hat ebenfalls nicht wieder aufgefunden werden können. An einer Stelle der Martinistraße wurde auch eine Versammelung versucht, aber beim Anrücken der Militair- und Schutzwachen-Detaischments verlassen. Das Zeughaus war von starken Militair-Abtheilungen bewacht. Das Militair und die Schutzwache haben die ganze Nacht patrouilliert. Gegen drei Uhr hörte man keine Schüsse mehr. Heute war Alles sehr ruhig. Für den Abend waren die wirksamsten Anstalten zur Aufrethaltung der Ordnung getroffen. Die vergangene Nacht ist jedoch vollkommen ruhig verlaufen. Über die Ursache des Schusses, durch welchen der junge Fabrik-Arbeiter am 1. Abends getötet wurde, sind noch keine sichere Angaben ermittelt. Auf die Andeutung, daß der Schuß aus den Reihen der Schutzwache gefallen sei, wurde ein Mann verhaftet, dessen Gewehr jedoch keine Spur von Absenierung an sich trug, auch verschwerte die Mannschaft einstimmig, daß kein Schuß aus ihrer Mitte gefallen sei. Die bei der Section stattgehabten Wahrnehmungen sollen vielmehr der Annahme Raum geben, daß der Schuß aus ganz anderer Richtung, aus einem abgefeuerten Pistol gekommen sei. Der Zustand des in derselben Straße verwundeten Polizei Beamten soll bedenklich sein.

Hamburg, den 6. Juli. (D. A. Z.) Die Niedergeschlagenheit der Dänischen Regierung über das gänzliche Scheitern der Sendung des Generals v. Orlholm ist außerordentlich groß, man fürchtet sehr, daß die Nachricht von den Waffenstillstands- und Friedensbedingungen Unruhen hervorruft und doch etwas von Dem wahr werde, womit die Dänischen Minister immer in Stockholm, Petersburg und andern Orten gedroht haben: „Unterstügt man uns nicht, so bricht ein skandinavisch-republikanischer Aufstand in Kopenhagen aus.“ Ein Sturz des jetzigen Ministeriums scheint unvermeidlich, und so schwach die republikanischen Elemente in Kopenhagen sind, so ist die Dynastie doch fast eben so schwach. Skandinavisch wird der Aufstand indessen wohl kaum, denn schon sind Reibungen zwischen dem kleinen schwedischen Truppenkorps, das über den Sund gegangen, und den Dänen vorgekommen, und man singt Spottlieder auf die Schweden, welche nicht so wollen, wie die Dänen wollen. Jeder begreift, daß es unmöglich gut gehen kann, wenn das Dänische Volk so plötzlich aus dem Zaum gerissen wird, in welchen es das Orla-Lehmann'sche Täuschungssystem hineingebracht hatte. Jeden Tag wurden neue Nachrichten aus Russland und England von bevorstehender Hülfe bekannt gemacht. Erst hatten die Dänischen Soldaten nur gegen elendes zusammenlaufenes Rebellengefeind zu kämpfen; als nach der Schlacht bei Schleswig und dem Schrecken der leichenbläß in Flensburg angekommenen, nur von dem „verbannede preussische Pickelhoven og Hurra“ stammelnden Dänischen Truppen die Gegenwart der Preußen nicht mehr

zu läugnen war, wurde mehrmals die Landung Englischer und Russischer Heere gemeldet. Noch neulich, als die Schwedischen Hülfsschiffe sich auf einige in Hünen bleibende 1000 Mann beschränkten, wurde von Tausenden von Schwedischen und Norwegischen freiwilligen Bärenjägern und vom entsetzlichen Schrecken der Deutschen vor diesen Nordischen Recken gesprochen. Und jetzt gänzliche Er schöpfung des Staatschages, Ruin des Handels, fast Hungersnoth und nichts weiter, sogar weniger erreicht als was im Beginn des Krieges die provisorische Regierung bot! Noch am 22. Juni meldete die Kriegs-Zidende, daß England seine Ansicht geändert und die Unzertrennlichkeit Schleswigs von Dänemark anerkannt habe, und man in Hamburg Schanzen aufwerfe, da man die Russen und Schweden erwarte. — Auch in Schleswig-Holstein wird man mit den Bedingungen des Waffenstillstandes nicht zufrieden sein, es fragt sich nun, was man in Deutschland von denselben denkt. Am zufriedensten ist man sicher in Hamburg mit dem Aufhören der Feindseligkeiten und zittert nur, daß die Bedingungen in Berlin nicht ratifiziert werden. Hamburgs Handel und Schiffahrt hatten furchtbar durch den Dänischen Krieg gelitten.

Bremen, den 6. Juli. Wie sehr auch in unserem Freistaate die Erwähnung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser sich der herzlichen Zustimmung aller erfreut, davon legte die gestrige Versammlung der Bürgerschaft ein lautes und lebendiges Zeugniß ab. Der Präsident der Bürgerschaft eröffnete die Versammlung mit einer Anrede, in welcher er auf das große Ergebniß der Frankfurter Versammlung als den ersten Schritt zur Verwirklichung der von Allen angestrebten Deutschen Einheit hinwies und die Bürgerschaft schließlich aufforderte, ihren Gefühlen auch durch ein äußeres Zeichen einen lebendigen Ausdruck zu geben, indem sie mit ihm dem erwählten Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich ein lautes Lebhoch darbringe. Die ganze Versammlung erhob sich mit lauter Zustimmung, und die Einmütigkeit ihres drei Mal wiederholten Lebhochs bewies, wie sehr die Worte des verehrten Präsidenten ihr aus dem Herzen gesprochen waren. (W.-Z.)

• Wien, den 7. Juli. Die heutige Wiener Ztg. enthält nachstehende Proklamation: Die Deutsche National-Versammlung in Frankfurt hat mich zum Reichsverweser erwählt und durch ihre Abgeordneten aufgefordert, diesem ehrenvollen Auge ungesäumt zu folgen. Österreicher! Ihr kennt meine unveränderte Gefinnung für unser gemeinsames Deutsches Vaterland; Ihr kennt meine heißen Wünsche für sein Wohl, seine Macht und Ehre. Diese Wünsche, ich weiß es, stehen mit Euren Gefühlen in vollkommenem Einlange und ich habe es daher als eine heilige Pflicht erkannt, das Amt zu übernehmen, welches mir Eure Vertreter in Frankfurt und mit ihnen alle Eure Deutschen Brüder anvertrauen. Dasselbe wird, gestützt von der National-Versammlung und bestätigt durch das gesammte Deutsche Volk, den Gedanken der Einheit Deutschlands zur That gestalten, — es wird für die Freiheit und für das Recht des Deutschen Volkes, für das Gesetz und die Ordnung in dem ganzen Deutschen Gebiete eine neue Gewähr darbieten. Ich glaube daher, die mir von unserm Kaiser für die Zeit seiner Abwesenheit übertragenen Regenten-Pflichten nicht zu verlezen, ich glaube sie vielmehr mit hoffnungstreicherem Erfolge zu erfüllen, indem ich beide gleichwichtige und innig verbundene Sendungen annehme. Ich werde mit der an mich gesendeten Deputation nach Frankfurt gehen, um das hohe Amt des Reichsverwesers anzutreten und dann wieder zu Euch zurückkehren, um als Stellvertreter des Kaisers am 18. Juli den Reichstag in Wien feierlich zu eröffnen. Wien, den 6. Juli 1848.

— Kanonendonner und Glockengläute verkündigten vorgestern um 11 Uhr Vormittags der zahllos harrenden Menge und der Gesamtbevölkerung Wiens, daß Erzherzog Johann die große Mission, mit der ihn das Deutsche Volk bestaut hat, angenommen habe. Ob er diese Mission verstehe, ob dieser Tag wie wir in allen bis jetzt gesprochenen Festreden hörten, ein weltgeschichtlicher für Deutschland sein wird, ob Erzherzog Johann seinen Toast „kein Österreich, kein Preußen“ zur Wahrheit machen wird, davon spricht weder Kanonendonner noch Glockengläute: die rache kräftige That muß es bald beweisen. Wiens Bevölkerung begreift die Bedeutung dieses Tages, in dem Jubel der hier laut ist, spricht sich nicht die bestiedigte Eitelkeit aus, daß ein Prinz aus Österreichs Kaiserhaus das Oberhaupt Deutschlands werde, die Notwendigkeit eines einheitlichen kräftigen Deutschlands ist hier allen (mit Ausnahme der schwarz-gelben Partei) zum Bewußtsein gedrungen, und in dieser Deputation und in der Ernennung Johannis glauben die guten Wiener die Gewährleistung zu haben, daß sich die Deutsche Einheit nun weiter erstrecken werde als auf die gemeinsamen Farben und das gemeinsame Volkslied. Die Deputation selbst schien das Wiener Terrain nicht genauer zu kennen und hat sich mehr in allgemeinen Phrasen bewegt und zumeist der vermeintlichen Eitelkeit Wiens Wehranch gestreut. Die Deputation wurde gestern um 4 Uhr, wo sie von Linz ankam, am Landungsplatz von dem Bürger- und Gemeindeausschüsse empfangen. Präsident Fischhof, ein würdiger Vertreter Deutscher Gesinnung, richtete herzliche Worte an sie. Andrian, Rotenhan und Raveaux antworteten: ein zündendes, die Größe des Moments erfassendes Wort hörte ich nicht, doch sprach Raveaux recht bieder und würdig. Im Hofwagen fuhren sie sodann in die Stadt von einer unabsehbaren Wagenreihe gefolgt und von dem Jubel einer zahllosen Menschenmenge begrüßt, der Ausschüsse begleitete sie in ihre Wohnung (die ein Banzquier aus Frankfurt ihnen eingeräumt hatte.) v. Sauken und Raveaux sprachen vom Fenster recht schöne, aber wenig große Worte, vorzüglich fiel es auf, daß hier wo die Volksouverainität ein sehr gangbarer Begriff geworden ist, so viel davon gesprochen wurde, daß Deutschland eine kräftige Hand brauche, um das Staatsrudel zu lenken, und daß man diese an dem Prinzen Johann gefunden zu haben glaube. Vorgestern um 10 Uhr wurde die Deputation im Hofgalawagen von ihrer Wohnung abgeholt, von den beiden Ausschüssen begleitet bewegte sich der Zug in die Burg. Allen jenen welchen Prunk und Souverainität gleichbedeutend ist, wird dieser Zug bewiesen haben, daß das Volk souverain sei. Um 11 Uhr kam der Zug in die Burg an, die Deputirten begaben sich allein zu Johann, der Ausschüsse wartete im Rittersaal, und nach etwa 2 Minuten öffnete Schilling, derselbe Schilling, der nicht mitgestimmt sondern protestiert hat, und jetzt sehr geschäftig thut, und verkündigte Erzherzog Johann habe das Amt angenommen. Johann trat mit den Deputir-

ten auf den Balkon, und nachdem der mäuseleibige Jubel geendet hatte, sagte er: „Meine guten Wiener, meine braven Österreicher, ich danke Euch, ich hoffe aus diesem Tage wird Heil für Deutschland hervorgehen“, sprach der Reichsverweser oder waren dies die letzten Worte des Kaisers Stellvertreters? Darauf die oben erwähnten 101 Kanonenenschüsse. Mehrere Musikbanden spielten das Deutsche Vaterland, untermischt mit dem Österreichischen Volksliede; ersteres ward mit Jubel aufgenommen und von tausend Kehler begleitet, bei letzterem war lautlose Stille. Dieses gewaltsame Versöhnenwollen dieser 2 Elemente Österreichs und Deutschlands, das Missgönnen der Suprematie war ein treues Abbild unserer Zustände und mißt sehr. Österreich wie jeder andere Staat muß aufhören, oder darf nur provincielle Bedeutung haben, sonst ist Deutsche Einheit ein leeres Wort, und diese Deputation, dieser Zug, diese Reden ein Fastnachtsspiel. Abends großer Fackelzug und Illumination.

(Verl. Btg.-S.)

A u s l a n d .

S p a n i e n .

Madrid, den 30. Juni. Der Telegraph hat gestern die Nachricht überbracht, daß dreißig bewaffnete Leute zwischen Bergara und Plasencia in der Provinz Guipuzcoa den Grafen von Montemolin proklamirten. Die bis jetzt eingegangenen Nachrichten thun nicht dar, ob die Aufrührer aus Frankreich eindrangen oder sich in Guipuzcoa selbst rekrutirten, und auch nicht, ob der Aufruhr zu Gunsten des absoluten oder des konstitutionellen Montemolin lautete (España).

— Der „Clamor publico“, der heute seit dem 7. Mai zum erstenmale wieder erschienen ist, sagt: „Wir haben gehört, Herr Ithuriz sei dazu bestimmt, einem neuen Kabinette vorzusitzen, in welches auch die Herren Mon, Pidal und Baron Meer treten werden.“

F r a n k r e i c h .

Paris, den 5. Juli. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung bestieg der Vice-Präsident Corbon die Rednerbühne, um seine schon früher erwähnte Proposition auf Gründung eines Kredits von 3 Millionen Franken zur Förderung der Associationen zwischen Arbeitern unter einander, so wie zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, zu erneuern. Das Dekret ward für dringlich erklärt und die Berathung auf den 7. Juli festgesetzt. Das Comité des Innern übergab einen Vorschlag, jedem in Folge der Junitage bekorirten Mobilgardisten eine Person von 250 Fr. zu bewilligen. Ein vom Unterrichts-Minister übergebener Entwurf erklärt die Zulassung zur Normalschule für unentgeltlich. Der Gesetz-Entwurf zur Ermunterung der Wiederaufnahme von Bau-Arbeiten wurde sodann berathen und angenommen. Der Präsident beantragte, daß der zum Trauergottesdienst für die Juni-Opsen bestimmte 6. Juli für das Seine-Departement ein Tag der öffentlichen Trauer sein solle. Der Vorschlag wurde einmütig genehmigt. Man schritt nun zur Berathung des Dekret-Entwurfs bezüglich der Gehälter des Conseils-Präsidenten und der Minister; Erster soll danach monatlich 10,000 und jeder Minister jährlich 36,000 Fr. beziehen. Herr Larochejacquelin verlangte, daß man den Ministern monatlich 5000 Fr. gebe, weil man mit 3000 Fr. keine Equipage und kein anständiges Haus halten könne. Sein Antrag wurde verworfen, dagegen aber der Antrag des Herrn Dennery, das Gehalt eines Ministers auf monatlich 4000 Fr. zu erhöhen, bei der Abstimmung genehmigt, nachdem der Präsident auf Befragen erläutert hatte, daß der Conseils-Präsident und die Minister während ihrer Amts-dauer ihre Diäten als Volkevertreter nicht bezogen. Der Dekret-Entwurf wurde hierauf angenommen. Der Präsident zeigte der Versammlung an, daß die Ballotage für General Lebreton als Quästor entschieden habe. Nachdem die Versammlung noch den Dekret-Entwurf, welcher jedem Mitgliede der abgetretenen vollziehenden Kommission für die Zeit ihrer Amts-dauer monatlich 5000 Fr. zuerkennet, genehmigt hatte, wurde die Sitzung aufgehoben.

— In der Vorstadt St. Antoine hat man durch Zufall eine Fabrik von Pulver, Patronen, Kugeln te. nebst ansehnlichen schon fertigen Vorräthen entdeckt. Der Miethseinhaber des Lokals dieser Fabrik, ein Schlosser, der bei dem Aufstande mit den Insurgenten kämpfte und verwundet ward, sitzt im Gefängnisse.

— Der Konst. sagt heut: Emil Girardin ist nun seit acht Tagen in gesheimer Haft. Weder seine Frau, noch irgend einer seiner Freunde, seiner Mit-Interessenten, ist zu ihm gelassen worden. Die exekutive Gewalt spricht sich nicht im mindesten darüber aus, wie lange die unterdrückten Journale noch unterdrückt bleiben sollen. Wir wollen dieser Gewalt keins ihrer Rechte freitig machen, wir haben ihr unsern Beifand geliehen. Allein diese Angriffe auf die Personen, die Presse, die individuelle Freiheit, sind zu schwer wiegend, um nicht durch schnellste Untersuchung und Verhöre entschieden zu werden.

— Herr v. Girardin ist heute Morgens seiner Haft entlassen worden. Ein „Kurzer Dialog“ in der „Presse“ vom 22. Juni, worin er „eine Gelegenheit, welche die Dictatur des Generals Cavaignac nothwendig machen, eine Gelegenheit, die nicht lange auf sich warten lassen wird“, voraußagte, veranlaßte die Verhaftung Girardin's. Man glaubte oder that wenigstens, als glaubte man, Girardin könnte die Dinge nicht so genau vorausgesehen haben, ohne mit in die Verschwörung eingeweiht gewesen zu sein oder gar auf eine oder die andere Weise am Aufstande mitgewirkt zu haben. Wie dem nun sein mag, so viel ist gewiß, daß man nicht einmal eine Haussuchung bei ihm vorgenommen, wiewohl er neun Tage im strengsten Gewahrsam war und man seine Freunde und Verwandten weder zu ihm ließ, noch ihnen sagte, in welchem Gefängnisse man diesen Schatz verwahrt halte. — Morgen Abends soll der Belagerungszustand aufgehoben werden; ob man zugleich die Pressefreiheit herstellen

wird, ist noch ungewiß. So viel aber ist gewiß, daß 3000 Seher mit den nötigen Geldmitteln versehen sind, um Monate lang auf ihren Erwerb zu verzichten, und daß sie entschlossen sind, alle Druckereien der Tagesblätter zu verlassen, wenn mit der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht zugleich die Pressefreiheit ungeschmälert hergestellt wird.

— Zu Lyon soll die gerichtliche Behörde einen zum Glück durch das Scheitern des Pariser Aufstandes vereitelten Verschwörungs-Plan entdeckt haben, der vom Anfang bis zum Ende auf Mord, Feuerlegung und Plünderei hinausließ. Alle Nationalgaristen sollten so viel möglich einzeln niedergemacht werden. Die Gesamtzahl der Verhaftungen in Folge des Aufstandes beträgt schon 10,000. Aus Anlaß der Aussagen von Verhafteten versüßte sich die Polizei am Dienstag Abend und vorgestern Morgen in die Straße St. Sebastian und in die anstoßenden Straßen, wo sie in Fabriken und Werkstätten etwa 150 Verhaftungen vollzog. In den entlegensten Theilen der Vorstadt St. Antoine wurden vorgestern neben der Entwässerung, die ohne Widerstand bewerkstelligt wurde, auch zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Zur Vorsicht hielt man die bewaffnete Macht in Bereitschaft. Aus den Kesseln der Kaserne Tourouy sind 100 Gefangene, welche den Boden durchgraben, in die Katakomben entwichen, wo man sie wiederholt, aber bis jetzt vergebens, mit Fackeln aufgesucht hat. Man glaubt, daß sie sich in dem Labyrinth von Gängen verwirrt haben, dessen Ausgänge sorgfältig bewacht gehalten werden.

Paris, den 6. Juli. Die gestrige Sitzung der National-Versammlung eröffnete der Präsident Marie um 2 Uhr. Das Pariser Domkapitel zeigt an, daß die Leiche des Erzbischofs Affre am 7. Juli Morgens 9 Uhr in der Gruft der Notre-Dame beigesetzt werden solle. Der Präsident setzt durchs Voos eine Deputation von 50 Mitgliedern zusammen, die dieser Ceremonie beiwohnen wird. Dann lädet der Präsident die Versammlung ein, sich morgen früh 8½ Uhr pünktlich hier einzufinden, um von hier aus der großen Todenseier beizuwohnen. Die Leichen der Gefallenen könnten morgen noch nicht unter der Julisäule beigesetzt werden, weil der dafür bestimmte Raum nicht alle Helden des Vaterlandes fasste. Vorläufig müsse man sie demnach in den Gräften der Magdalenskirche lassen. Nach diesem Trauerberichte schritt die Versammlung zur Tagesordnung.

— Die Abtheilungen der National-Versammlung unterbrachen gestern die Prüfung des Verfassungs-Entwurfs und beschäftigten sich mit dem Gesetz-Entwurf über den Elementar-Unterricht. Dieser gab Anlaß zu zahlreichen Einwendungen in Bezug auf die Prinzipien und den Finanzpunkt. Über die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und über die Verpflichtung jedes Familienvaters, seine Kinder unterrichten zu lassen, waren die Ansichten sehr gerichtet. Mehrere Repräsentanten, namentlich Payer, Abbé, Fayet, Favart, Maillat und Coulmann, tadelten den Entwurf, weil er die Freiheit beschränke und weil er der Moral und Religion nicht genügenden Raum gebe. Donatien-Marquis und Duplan vertheidigten den Grundsatz des Unterrichtzwanges als Folge der Februar-Revolution. Die jährlichen Ausgaben, welche der Entwurf verursachen werde, schätzte man auf 50 bis 80 Millionen Fr. Im Allgemeinen waren die Abtheilungen der Ansicht, daß in den Elementarschulen auch Unterricht in der Landwirtschaft ertheilt werden müsse, wodurch der doppelte Vorteil erzielt werden könnte, den Anbau des Bodens zu verbessern und das Fortzichen der Bevölkerungen zu hemmen, die nur zu geneigt seien, das platt Land zu verlassen und nach den großen Städten zu wandern. Auch über die Stellung der Elementar-Lehrer wurden einige Bemerkungen gemacht; sie würden, sagte man, nach dem Entwurf finanziell besser daran sein, als die geistlichen Witare, unter deren Einfluß sie doch bleiben sollten. Jean Reynaud hob besonders die Nothwendigkeit hervor, für unterrichtetere und gebildetere Lehrer zu sorgen, als die jetzigen es seien. Man verfehlte nicht, dieses Eingeständniß des ehemaligen Unter-Staatssecretares des Unterrichts mit seinem früheren Rundschreiben zu vergleichen, in welchem er dieselben Elementar-Lehrer, die er jetzt für kaum fähig erklärt, die Kinder lesen und schreiben zu lehren, zu Abgeordneten für die National-Versammlung empfahl.

Der heutige Moniteur meldet die Ernennung des Hrn. Paulabell zum Minister des öffentlichen Unterrichts an die Stelle Carnot's, der seine Entlassung eingereicht hat.

Die vorläufige gerichtliche Untersuchung bezüglich der Juni-Ereignisse dauert ununterbrochen fort und nähert sich angeblich schon ihrem Ende.

— Man hat jetzt den Angriffsplan auffindig gemacht, vermittelst dessen der Aufstand, barricadenweise von mehreren Punkten vorschreitend, die National-Versammlung zu umzingeln und ihre Mitglieder gefangen zu nehmen beabsichtigte. Die Schnelligkeit, womit die Legionen dreier Bezirke sich versammelten, machte die Ausführung des Planes unmöglich. Die Arbeiter der National-Werkstätten waren bei dem Aufstande gerade so, wie in den Werkstätten, compagnieweise zusammengeschaut. Die vorläufigen Verhöre der während der Kampftage verhafteten Personen sind beendet, und es beginnen nun die der seitdem festgenommenen Individuen, deren Zahl einige Tausend beträgt. Die Gewölbe der Tuilerien beherbergen keine Gefangenen mehr.

Cavaignac will, dem Bernehmen nach, bei Versailles ein Lager von 30,000 Mann unter Jouher's Oberbefehl errichten.

Der vom Unterrichts-Minister vorgelegte Gesetz-Entwurf über den Elementar-Unterricht enthält folgende Hauptbestimmungen: Die Theilnahme am Unterricht ist für die Kinder beiderlei Geschlechts eine Verpflichtung. Der Unterricht wird in den öffentlichen Schulen, in den Privatschulen und im Innern der Familien

(Mit zwei Beilagen)

ertheilt. In den öffentlichen Schulen ist er unentgeltlich. Er umfaßt: 1) das Lesen, Schreiben, die Anfangsgründe der Französischen Sprache, die Anfangsgründe des Rechnens, Maß- und Gewicht-System, die Größenmessung, Elementar-Begriffe über die Natur-Erscheinungen und über die Hauptfachen des Ackerbaues und des Gewerbes, Linearzeichnen, Gesang und Elementar-Begriffe über die Geschichte und Erdkunde von Frankreich; 2) die Kenntniß der Pflichten und Rechte des Menschen und des Bürgers, so wie die Entwicklung der Gesinnungen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; 3) die Elementar-Vorschriften der Gesundheitslehre und die zur Körper-Entwicklung nützlichen Übungen. Der Religions-Unterricht wird durch die Geistlichen der verschiedenen Bekanntschaften ertheilt. Die Lehren sind in vier Klassen getheilt, werden vom Staate besoldet und beziehen, je nach den Klassen, jährlich 1200, 1000, 800 und 600 Fr. Außerdem empfangen sie eine auf die Zahl der Bevölkerung gestützte Vergütung, welche von 200 bis zu 1800 Fr. steigt. Ein Elementarlehrer kann also als Maximum 3000 Fr. beziehen, und das Minimum muß 800 Fr. betragen. Das Gehalt der Lehrerinnen beträgt, je nach den vier Klassen, 1000, 800, 700 und 500 Fr.; auch sie sind zum Empfang einer Vergütung berechtigt, die sich nach der Zahl der Bevölkerung richtet und zwei Drittel der den Lehrern gebührenden Vergütung betragen soll. Der Lehrer muß 19 Jahre alt sein und ein Fähigkeits-Zeugniß beibringen, das nur in gewissen Fällen widerrufen werden kann. Er ist pensionsberechtigt. Dieselben Bestimmungen gelten hinsichtlich der Lehrerinnen.

Die Polizei soll in Folge gewisser Andeutungen die Wohnung Marie Chrépinens in der Rue de Courcelles und die des Spanischen General-Konsuls Grimaldi in der Rue Miromesnil genau durchsucht und dort wichtige Papiere mit Beschlag belegt haben.

Strasburg, den 2. Juli. Wir hatten gestern wieder einen Tag des Schreckens, denn allgemein hieß es, Paris sei von Galeerensträflingen in Brand gesteckt worden. Die Beängstigung wuchs, und die Behörde ward davon in Kenntniß gesetzt. Man bestürzte Maire und Präfektur um Auskunft. Gegen Abend erschien endlich eine Proklamation an die Bewohner Strasburgs und des niederrheinischen Departements, worin es unter Anderem heißt: „Man sieht die abgeschmacktesten und beunruhigendsten Gerüchte in Umlauf; man sagt, daß Paris in Flammen stehe, die Städte Versailles, Epernay u. s. w. der Plunderung Preis gegeben seien. Alles dies ist falsch.“ — In Marseille so wie in mehreren südlichen Städten findet man bei verhafteten Individuen Russisches und Englisches Gold, so wie Napoleond'or.

Großbritannien und Irland.

London, den 6. Juli. Die Blätter berichten heute über die gestrigen Feierlichkeiten, mit welchen die neue katholische Kathedrale in Lambeth, die Kirche des heiligen Georg, eingeweiht worden ist. Zwei Erzbischöfe, elf Bischöfe und 260 Geistliche nahmen an der Prozession Theil. Die „Times“ sagt darüber in ihrem Bericht Folgendes: „Diese Reihe von Bischöfen rief die alten Tage prächtlicher Pracht in Erinnerung, wo die stolzesten Throne den geistlichen Donnern Roms unterworfen waren. Wenn die armen Priester in ihren bescheidenen Gewändern und mit ihrer devoten, unterwürfigen Miene unnatürlich häßlich aussahen, so trug sich dagegen die höhere Geistlichkeit mit imposanter Würde; die meisten zeichneten sich durch die geistige Schönheit ihrer Gesichtszüge aus und alle durch ihre malerische Tracht, die sich von dem gewöhnlichen weißen Anzuge der Dominikaner zur höchsten Pracht erhob in den von Juwelen leuchtenden Mitren und den reichgestickten Gewändern, steif von Brokat und strahlend von Gold und von Purpur. Über Alle ragte Dr. Wiseman hervon, bessern hohe Gestalt in seiner erzbischöflichen Tracht noch vergrößert schien; in seiner linken Hand trug er den Krummstab, die rechte ruhte anbächtig auf der Brust; so schritt er daher, der letzte in einer Reihe von Bischöfen, lang genug, um die Insel aus ihrer protestantischen Ruhe aufzuschrecken.“ In der Kirche waren fast alle angesehenen katholischen Familien Englands zugegen; Lord Arundel, Lord Shrewsbury und andere vornehme Katholiken hielten den Opfersteller. Dr. Wiseman, der Englische Erzbischof, vertheidigte in seiner Predigt den Pomp und die Pracht, welche die katholische Kirche bei feierlichen Gelegenheiten anwende, während sie dem Arme mehrere Tage dauern. Die Kirche ist von Herrn Pugin im geschmückten gothischen Style gebaut. Der Berichterstatter der „Times“ hat an der Bauart Manches zu tabeln; bewunderungswürdig ist aber das große Fenster und die schönen steinerne, mit Bildwerken geschmückte Kanzel. Der Kirche fehlt noch mancher Schmuck, z. B. die gemalten Fenster. Neben derselben ist ein Kloster erbaut.

— Herr Guizot hat den Antrag, Professor in Oxford zu werden, abgelehnt. — In Edinburg hat ein Straßen-Auslauf stattgefunden, welcher das Einschreiten des Militärs und mehrere Verhaftungen herbeiführte. Die Veranlassung war der öffentliche Verkauf gestrandeter Sachen, deren Eigentümer sich weigerte, seinen Beitrag zur Besoldung der Geistlichkeit einzuzahlen. Die Volksmenge suchte diesen Verkauf zu hindern.

— In Dublin steht Herr Reilly, einer der Herausgeber des Irlandischen Verbrechers, vor Gericht. Die Verbindung der beiden Parteien, der friedlichen und der kriegerischen, sitzt noch immer auf Schwierigkeiten. Die Prälaten haben in einer Versammlung zu Maynooth beschlossen, daß künftig Kirchen und Kapellen nur für religiöse und wohlthätige Zwecke als Versammlungsorte gebraucht werden sollen.

— Aus Australien laufen fortwährend günstige Berichte ein. Zu den wichtigsten Vorzügen des Landes rechnet man die neu entdeckte australische Seidenraupe, welche größer ist als die chinesische und weit mehr Seide liefert. — Dagegen hat mehrjährige Erfahrung gelehrt, daß die Wolle der nach Australien überstrelten Schafe nicht in feiner Qualität zu erzielen ist. Die feinsten Thiere degenerieren und wenn demnach auch in den mittlern und schlechten Sorten ein bedeutender Handel eintreten wird, so ist doch die von manchen Seiten geäußerte Besorgniß für den Wollhandel Deutschlands noch durchweg unbegründet.

— Briefe aus Alexandrien melden, daß die Hoffnung auf eine Genesung Mehemed Alis aufgegeben ist und man täglich seinen Tod erwartet.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Posen, den 30. Juni. Die hiesige Deutsche Zeitung hat No. 131. einen Artikel unter dem Zeichen * Posen, den 7. Juni, über den Hirtenbrief des Hrn. Erzbischofs Leo von Przybalski vom 21. April d. J. in ihre Spalten aufgenommen, der den Machinationen und dem Zug und Trug der hiesigen heimatlosen Deutschen (denn unterscheiden muß man diese Leute von den biedern Deutschen des eigentlichen großen, nach Einigkeit ringenden Deutschen Vaterlandes), die Krone aussagt. Der Verfasser jenes Artikels behauptet, daß der Hirtenbrief unter „allen gebildeten Ständen Europa's, selbst unter der bessern katholischen Geistlichkeit die größte Indignation hervorgerufen und anderer Seits den fanatischen Priestern Veranlassung gegeben habe, das katholische Volk, besonders die von Charakter guten und gutmütigen Bauern zu einem Religionskriege aufzureizen, indem der Anschluß an den Deutschen Bund als Gefahr drohend für die katholische Religion bezeichnet worden sei (insfern nämlich, wie jedem Bewohner der Provinz bekannt sei, Polnisch sein — Römisch-katholisch, — und Deutsch sein — Ketz oder Lutherisch — bedeute, demnach der Ausdruck im Hirtenbriefe: „Ihr sollt Deutsch werden“ so viel heiße: man will euch eure katholische Religion nehmen, ihr sollt lutherisch werden).“ — So kommentirt der Verfasser jenes Artikels nicht den Text des Hirtenbriefes, sondern sein eigenes lügenhaftes Machwerk, um dem lesenden Publikum Sand in die Augen zu streuen und sich hinterher ins Häuschen zu lachen; denn die mit Anführungszeichen bezeichneten Worte: „Ihr sollt Deutsch werden“ befinden sich in dem incriminierten Hirtenbriefe nicht und der Verfasser jenes Artikels muß so lange als ein öffentlicher Lügner gelten, bis er das Vorhandensein der von ihm mit Anführungszeichen bezeichneten Worte: „Ihr sollt Deutsch werden“, in dem Hirtenbriefe nachgewiesen haben wird. Mit dieser Hauplüge fällt sonach auch die ganze Deduktion und Argumentation in ihr Nichts zusammen. Aber der Hirtenbrief soll ja unter allen gebildeten Ständen Europa's, selbst unter der besseren katholischen Geistlichkeit, die größte Indignation hervorgerufen haben. Nun fürwahr! der Verfasser jenes Artikels muß sein liebes Ich und seine Konsorten im Großherzogthum Posen für alle gebildete Stände Europa's halten, sonst wäre es nicht erklärlich, wie er eine solche Behauptung hätte aufstellen können. Der Hirtenbrief soll ferner den fanatischen Priestern Veranlassung geben haben, das katholische Volk zu einem Religionskriege aufzureizen, indem der Anschluß an den Deutschen Bund als Gefahr drohend für die katholische Religion bezeichnet worden sei. Wir haben bereits geschen wie der Verfasser den Beweis darüber führt. Er weiß nichts anderes anzugeben, als daß im Großherzogthum Posen, Polnisch sein, römisch-katholisch — und Deutsch sein, Ketz oder lutherisch — bedeute, und demnach der Ausdruck im Hirtenbriefe: „Ihr sollt Deutsch werden“ so viel heiße: man will euch eure katholische Religion nehmen, ihr sollt lutherisch werden. — Nun wissen wir aber schon, daß der Ausdruck: „Ihr sollt Deutsch werden“, in dem Hirtenbriefe nicht vorhanden ist, darum konnte er auch den angeblich fanatischen Priestern nicht Veranlassung geben, das katholische Volk zu einem Religionskriege aufzureizen.

Liegt aber in dem Hirtenbriefe selbst eine zum Religionskriege aufreibende Tendenz? Wir finden sie nicht und sie ist auch in der That in demselben nicht enthalten. Was bezweckt der Herr Erzbischof? Nichts weiter als eine Belehrung seiner deutschen Diözesanen, von denen mehrere ihn unmittelbar um Verhaltungsregeln bei dem ungestümen Treiben der hiesigen aus allen Gauen des preußischen Deutschlands zusammengelaufenen jungen Deutschen, gebeten haben, durch ihre vorgesetzten Pfarrer zugehen zu lassen. Der Herr Erzbischof sagt: „Es ist von wesentlichem Interesse, diesen Machinationen kräftig entgegen zu treten und den freien ungezwungenen Wunsch der katholischen Bevölkerung in dieser Hinsicht genau kennen zu lernen. Zu diesem Behuf veranlaßte ich Ew. ic. hiermit angeleghentlich, mit Ihren Eingepfarrten sofort zusammenzutreten und selbige darüber protocollarisch zu vernehmen, ob sie wirklich gleichgültig auf die Bande ihrer nationalen Verschmelzung, auf ihre geschichtliche Bedeutung, vor allem aber auf ihre religiöse Verwandtschaft mit den übrigen Theilen der hiesigen Provinz, eine solche Trennung von dem Großherzogthume wünschen, und in den Deutschen Bund, in welchem ihre Interessen, insbesondere ihre religiösen Sachen vielleicht Bedeutung und Schutz verlieren möchten, einzurichten zu werden verlangen. Ich darf hoffen, daß Ew. ic. nicht unterlassen werden, Ihren Pfarrkindern über die ihnen etwa von unsern Widersachern gemachten Vorspiegelungen das wahre Licht aufzugehen zu lassen.“ Das ist der von dem Herrn Erzbischof den Pfarrern der deutschen Kreise ertheilte Auftrag. Diese Pfarrer sind fast durchgängig deutscher Abkunft und viele von ihnen aus Schlesien gebürtig. Die Parochianen, mit denen zu verhandeln war, sind ebenfalls Deutsche und diese sowohl als ihre deutschen Geistlichen werden wohl wissen, daß deutsch sein, nicht gleichbedeutend ist, mit römisch-katholisch sein. Somit fällt also die vermeintliche Aufhegerei des katholischen Volkes zu einem Religionskriege nicht auf den Erzbischof und nicht auf die ihm untergeordneten deutschen Pfarrer, sondern lediglich auf den Verfasser jenes Zeitungsartikels und auf seine Genossen. Frei und ungezwungen sollte nach dem ausdrücklichen Willen des Erzbischofs die Erklärung seiner Diözesanen sein, ob sie zum Deutschen Bunde gehören, oder in ihrer durch Jahrhunderte geheiligten Verbindung mit demjenigen Theile Polens, der seit dem Jahre 1815 das Großherzogthum Posen genannt wird, beharren wollen. Eine solche Freiheit, eine freie Besprechung der katholischen Pfarrer mit ihren katholischen Parochianen über einen so wichtigen Gegenstand, als die Postrennung von den bisherigen sozialen und

religiösen Verhältnissen, hat die hiesigen heimathlosen evangelischen Deutschen empört und sie in eine grenzenlose Wuth versetzt. In dieser blinden Wuth entblödet sich der Verfasser jenes Artikels nicht, alle vorgefallene Gräuel in der Provinz dem Herrn Erzbischof und der nach seiner Ansicht fanatischen Geistlichkeit aufzubürden. Die Geschichte wird ungeachtet aller, von hiesigen evangelischen heimathlosen Deutschen verbreiteten Lügen und Verdrehungen, der hier zu Lande auf eine wahrhaft Schauder erregende Weise verübt Gräuelthaten richten. Wer hat denn hier zu Lande die Ordnung erhalten, wer hat das Eigenthum und die deutschen und jüdischen falschen Brüder vor Raub und Mord geschützt in jenen Tagen der Berliner Barrakaden-Ausregung? Sagt es! Waren es nicht die katholischen Geistlichen, die sich dem wilden Strome der entfesselten Leidenschaften mit eigener Lebensgefahr entgegensezten? Und diese Geistlichen macht ihr jetzt zu Fanatikern. Diesen Geistlichen bürdet ihr alle Gräuelthaten auf, die ihren Grund lediglich in eurer Judas-Liebe zu uns haben. Wo war die gepriesene Polizei und Militairgewalt in jenen schrecklichen Tagen? Der Verfasser jenes Artikels gesteht es selbst, daß unsere Behörden durch den gewaltigen Umsturz in Berlin eingeschüchtert, Alles geschehen ließen, und so war es auch in der That. Sagt es! Habt ihr in eurer Seelenangst nicht Bruderliebe geheuchelt? Habi ihr dem armen unglücklichen polnischen Volke nicht Wunderdinge von zu erringender Nationalität und von einer Reorganisation im polnischen Geiste nicht vorgespiegelt? Aber wie lange hat es gedauert? Nur so lange bis im Stillen 10,000 Mann wohlgerüstet, durch eure Lügen fanatisches Militair das Großherzogthum Posen in wilder Wuth überschwemmt hatte. Waret ihr es nicht, die die von Sr. Majestät dem Könige Allerhöchst angeordnete Reorganisation des Großherzogthums Posen durch eure Ränke vereitelt und unausführbar gemacht habt? Auf euren Häuptern lastet das unschuldig vergossene Blut und die unsäglichen Gräuelthaten, deren sich Backthuren und Kalmücken schämen würden. Und ihr rust die Welt zur Richterin über den Erzbischof auf, ob er noch würdig ist, das Amt eines Kirchen-Oberhaupts zu bekleiden! O ja, er ist es würdig, und die Zeit mag nicht fern sein, wo ihm die Welt für sein offenes gegen ein unbefsonnes Treiben einer leichtfertigen Partei, den schuldigen Dank wissen wird. Aber eine andere Frage drängt sich uns unwillkürlich auf. Sind solche Leute, wie der Verfasser des in Rede stehenden Artikels und seine gleichgesinnten Genossen, noch länger würdig auf polnischen Boden Zwietracht und Uneinigkeit zu säen und denselben mit ihrem Geifer noch länger zu verpesten? Die schreckliche Zeit hat unseren Feinden die Maske abgerissen. Es kostet jetzt keine Mühe mehr, sie zu erkennen. Sie können hier nicht länger weilen. Eine durchgreifende Sichtung namentlich unter dem Beamtenpersonale muß über kurz oder lang vorgenommen werden, wenn der fortgesetzte Ungerechtigkeit ein Ziel gesetzt werden und Ruhe und Ordnung bei uns wieder einkehren soll.

Zum Schluß müssen wir noch einige Lügen des Verfassers anführen. Er behauptet nehmlich, daß „die Deutschen Katholiken des Großherzogthums Posen ihr Vertrauen zu einer nur Fanatismus und Brudermord predigenden Geistlichkeit nun für immer verloren haben, und von der Nationalversammlung neben der Reorganisation dieses Priesterunwesens vorläufig die Trennung von einer Diözese verlangen, wo statt der christlichen Bruderliebe nur Haß gepredigt und

Abläß für den Brudermord im Vorau ertheilt wird, sie fordern Aufhebung des Konkordats mit Rom und Herstellung einer Kirchen-Synodal-Versammlung auf Grundlagen der Reichsgesetze im weitesten Sinne eines freien Bürgerthums, damit endlich die Finsternis des kirchlichen Absolutismus dem Lichte der wahren Gotteslehre weiche.“ Das sind die Behauptungen und Anträge des Verfassers des vielbesprochenen Zeitungsartikels, aber keineswegs der Deutschen Katholiken des Großherzogthums Posen. Diese haben eine ganz andere Überzeugung von ihren Geistlichen, sie sind ihnen in geistlichen Dingen vollkommen ergeben und wissen vom Predigen des Fanatismus und des Brudermordes nichts. Eben so wenig wissen dieselben etwas vom Ertheilen eines Abläßes für Brudermord. Das sind lauter Dinge, die in dem verbrannten Gehirne des Verfassers ausgebürtet sind, und uns Katholiken aus lauter christlichen Bruderliebe aufgebunden werden. Dieselbe Bewandniß hat es mit den Anträgen auf Lostrennung von dem Diözesan-Verbande und auf Errichtung einer Kirchen-Synodal-Versammlung auf Grundlage der Reichsgesetze. Wir können dem lesenden Publikum die Versicherung geben, daß es den Deutschen Katholiken nicht eingefallen ist, dergleichen Wünsche und Anträge irgendwo zu offenbaren, denn sie wissen nur zu gut, daß die katholischen Schul- und Kirchenangelegenheiten bei den Königlichen Regierungen in Frankfurt a. d. O. und in Marienwerder lediglich in den Händen evangelischer Schul- und Konsistorialräthe sich befinden. Sie wissen es, daß sie dort mehr wie stiefmütterlich behandelt werden würden. Eben so weit sind sie entfernt, sich von dem Haupte der katholischen Kirche zu trennen, weil sie wissen, daß sie damit aufhören würden Katholiken zu sein. Daher ist es auch gekommen, daß ungeachtet aller Ränke und Vorspiegelungen der evangelisch Deutschen niedern Beamten (denn katholische Beamte gehören hier zu Lande zu den seltensten Ausnahmen), Tausende Deutscher Katholiken sich gegen den Anschluß an den Deutschen Bund erklärt haben. Überhaupt sind die älteren Deutschen Bewohner der Provinz ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses mit äußerst wenigen Ausnahmen dem Treiben mehrerer jungen Beamten, die bei einer Reorganisation der Provinz Gefahr laufen ihre einträgliche Stellen zu verlieren, fremd geblieben.

Der kommandirende General von Brünneck hat in einer Bekanntmachung vom 8ten d. M. (No. 156. der Pos. Ztg.) die Bildung neuer politischer Vereine von der besondern Genehmigung der Kommandantur abhängig gemacht. Als Grund für diese Maßregel wird der franke und gereizte Zustand der Provinz hervorgehoben und zum gesetzlichen Motive dient dem Herrn General der noch bestehende Belagerungszustand. Wir können indessen dem Herrn Kommandirenden nicht die Vergnugniß zugestehen, unsere durch das Gesetz uns garantirten politischen Rechte zu schmälen. Wir erachten den obigen Erlaß für einen Willkürakt und erklären hiermit, daß wir die darin enthaltene Beschränkung nicht eher für zu Recht beständig anerkennen werden, als bis ein desfallsiges, im verfassungsmäßigen Wege emanirtes Ausnahmegesetz für die hiesige Stadt oder Provinz gegeben sehn wird.

Mehrere Einwohner Posens.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: G. Hensel.

Sommertheater im Odeum.

Donnerstag den 13ten Juli: Onkel Joseph; dramatisierte Anekdote in 1 Akt von L. Seidel. — Hierauf: Der Verräther: Lustspiel in 1 Akt von Hutz. — Zum Schluß: Rataplan der kleine Tambour; Vaudeville in 1 Akt von W. Friedrich.

Theater-Lotterie.

Die Ziehung der Theater-Lotterie mußte bis Dienstag den 18ten d. M. verschoben werden.

Die Subscriptionslisten liegen an folgenden Orten aus:

bei dem Conditor Herrn Freundt,
in den Buchhandlungen der Herren Mittler,
Scherk und Heine,
im Odeum bei Herrn Lambert,
bei Herrn Direktor Vogt.

Wir ersuchen hierdurch ein hochgeehrtes Publikum eben so höflichst als ergebenst, sich recht lebhaft zu befeiligen zu wollen.

Die Mitglieder des hiesigen Theaters.

Zu wohltätigem Zwecken, Mittwoch den 12. Juli,

im Garten des Odeum:

Deutsches National-Liederfest.

Anfang 7 Uhr.

Billets à 5 Sgr. ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen, sind in den Buchhandlungen der Herren Heine, Mittler und Scherk, in der Conditorrei des Herrn Freundt und Abends an der Kasse zu haben.

Die Ordner des Liederfestes.

Freitag den 14ten d. M. Nachmittags 5 Uhr findet zur Eröffnung der Bürger-Gesellschaft im Lokal des Odeum ein Konzert statt, welches den geehrten Mitgliedern, mit der Bitte um recht zahlreichen Besuch zur Kenntnis bringt

der Vorstand der Bürger-Gesellschaft.
Posen, den 11. Juli 1848.

Die wohlgetroffenen und prächtig ausgeführten Portraits von **Milde, Berends, Jung, v. Kirchmann, v. Reichenbach** sind so eben angekommen und für den billigen Preis von nur 10 Sgr. zu haben bei **Gebr. Scherk**, Markt- und Franziskauerstr.-Ecke No. 77.

Bekanntmachung.

Die Frau Albertine Dominica Marcelline von Bronikowska, geborene von Swiecicka, hat nach erreichter Großjährigkeit mit ihrem Ehemanne, dem Doktor Anton von Bronikowski, in der gerichtlichen Verhandlung vom 14ten März dieses Jahres die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Posen, den 3. Juni 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
Abtheilung für Nachlass- und Vermundshaftssachen.

Auktion.

Donnerstag den 13. Juli Vormittags von 10 Uhr ab sollen im Nassallischen Hause, Friedr.-Straße No. 33. wegen Wohnorts-Veränderung mehrere Möbel von Mahagoni- und Birkenholz, bestehend in Sophas, Spiegeln, Tischen, Stühlen, Bettstellen, Schränken &c., ein großer Mahagoni-Ofen-Schirm ohne Stickerie, ein Gebett-Betten, Porzellan-, Glas-, Haus- und Küchengeräthe nebst verschiedenen anderen Sachen und nach 11 Uhr ein Flügel gegen baare Zahlung in Pr. Cour. versteigert werden.

Anschuß.

In dem Hause No. 123. Sapiehaplatz- und Rosenplatz-Ecke, ist eine zwei Treppen hoch nach dem Sapiehaplatz gelegene Wohnung von 5 Zimmern, Entrée, Küche und Zubehör, vom 1sten Oktober d. J. zu vermieten. Näheres beim Eigentümer.

Ein kleiner Laden, mit oder ohne Wohnung, ist im Rosenfeldschen Hause Breitestraße No. 12. von Michaeli d. J. zu vermieten.

Am Neustädter Markt No. 5 und 6 und Königs-Straße No. 21. sind große und kleine Wohnungen zu vermieten. Das Nähere alter Markt No. 43.

Im Hause No. 48. alten Markt ist von Michaeli c. ab das ganze Parterre mit Kellern — desgleichen 4 Zimmer der zweiten Etage zu vermieten.

Breslauer-Straße No. 37. ist ein kleiner Laden nebst mehreren kleinen Wohnungen vom 1. October d. J. ab zu vermieten.

Unterzeichnete macht hierdurch bekannt, daß am Freitag den 14ten d. M. von 5 Uhr Nachmittags ab das Lokal des Odeums nebst Garten nur den Mitgliedern der hiesigen Bürger-Gesellschaft geöffnet ist. Posen, den 11. Juli 1848.

Jean Lambert.

Mittwoch den 12ten Juli c. im ehemals Kubitschenschen Garten: Großes Gänse-, Enten- und Hühner-Ausschieben, wozu ergebenst einladet Zander.

Um die Schmach, welche durch den anonymen angeblich von Bürgerwehrmännern eingegangenen Artikel in No. 157. d. Ztg. auf die Bürgerwehr gewölzt ist, von uns abzulenken, erklären wir hierdurch, daß Niemand von uns sich an demselben beteiligt hat, oder den Inhalt des Artikels irgend billig.

Posen, den 11. Juli 1848.

Die christl. Bürgerwehrleute des 7. Bezirks.
Der Hauptmann, im Auftrage.

Auf Verlangen des Herrn **Hermann Bielefeld** bezeugen wir, daß derselbe nicht zu den Einsendern des in No. 157. uns. Ztg. enthaltenen Artikels „Ein Wort zur rechten Zeit“ gehört.

Posen, den 11. Juli 1848.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.